

Hier macht sich ein Kran auf den Heimweg

VON PETER SCHENK

Gestern Morgen wurde der Hafenkran, der ab heute Morgen 8 Uhr am Klybeckquai wieder aufgebaut wird, im Hafen von Huningue (F) auf ein Schiff verladen. Gegen 18 Uhr fuhr das MS Aargau los, um nach einer halben Stunde Fahrt auf dem Rhein den neuen Standort zu erreichen. Die Arbeiten verliefen laut Novartis-Mediensprecher Daniel Zehnder ohne Probleme. Während im Hafen von Huningue zwei Kräne im Einsatz waren, muss man sich aufgrund der begrenzten Platzverhältnisse am Klybeckquai auf einen grossen Kran beschränken, der Lasten bis zu 500 Tonnen heben kann.

Mit den Montagearbeiten soll zügig begonnen werden. Sie werden voraussichtlich zwei Tage dauern. Die Fahrwerke wurden eventuell schon gestern Abend aufgesetzt. Der Kran kommt zirka 300 Meter nördlich der Dreirosenbrücke am Schnittpunkt Uferstrasse/Altrheinweg zu stehen. Die Arbeiten können auch von der Brücke aus beobachtet werden.

Bis 2010 war der Kran mit vier anderen Kränen im ehemaligen Hafen St. Johann im Einsatz. Dort befinden sich heute der Novartis Campus und die Rheinuferpromenade, die vom St. Johann bis zur Dreiländerbrücke im elssässischen Huningue führt. Der Kran wurde 2011 von Novartis gekauft, demontiert und eingelagert.

Novartis schenkt den Kran dem Kanton Basel-Stadt. Die offizielle Übergabe erfolgt am 29. September. Auf der Plattform, also auf 6.50 Meter Höhe, soll auf 78 Quadratmetern ein Restaurationsbetrieb entstehen. Über das gastronomische Konzept wird aber erst Ende September informiert. Laut Zehnder geht es in Richtung Bar oder Buvette.

Zum möglichen Betreiber wollte Zehnder sich nicht äussern und verwies darauf, dass dafür noch keine Bewilligung beantragt worden sei. Mit möglichen Einsprachen wird sich als neuer Eigentümer der Kanton herumschlagen müssen.



Die Führerkabine wird im Hafen von Huningue aufs Schiff verladen. ZVG/NOVARTIS

CO₂-Ausstoss muss massiv sinken

Energie Ab 1. Oktober gilt das Gesetz mit den ehrgeizigen Zielen

Am 1. Oktober tritt in Basel-Stadt das neue kantonale Energiegesetz in Kraft. Die Regierung hat gestern die Änderung der Verordnung beschlossen; bereits im vergangenen November verabschiedete der Grosse Rat das revidierte Energiegesetz. Damit soll der CO₂-Ausstoss in Basel pro Einwohner und Jahr auf eine Tonne reduziert werden. Dieses Ziel will Basel-Stadt bis 2050 erreichen. Heute liegen die Werte deutlich höher: Die CO₂-Emissionen betragen knapp vier Tonnen pro Person und Jahr.

Die Verschärfung der Energiepolitik setzt insbesondere bei Liegenschaften an. Bei Sanierungen sollen die Warmwasserproduktion und Heizwärme mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Öl oder Erdgas gehören der Vergangenheit an, «wenn es technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar» ist, schreibt die Regierung in ihrer Mitteilung.

Entstehen durch den Wechsel der Heiztechniken Mehrkosten, würden diese Beiträge aus dem Energieförderfonds ausgeglichen. Das sei möglich, ohne die kantonalen Abgaben zu erhöhen, schreibt die Regierung. Auch der Bund hat die Förderung von energeti-

schen Gebäudesanierungen beschlossen und entsprechende Gelder an die Kantone gesprochen.

Eigens produzierte Energie

Bei den Neubauten sind die Vorschriften strikter. Es wird eine «nahebei-Null»-Vorgabe verfolgt: Der Energiebedarf von neuen Gebäuden soll «primär aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden»; einen Teil der Energie sollen sie selber produzieren. Auch in der Gebäudehüllensanierung, der besseren Nutzung von Abwärme und Gebäudetechniken wie Lüftungen oder Kühlungen sieht die Regierung weitere Möglichkeiten, die gesetzten CO₂-Ziele umzusetzen.

Das neue Energiegesetz geht unter anderem auf 20 parlamentarische Vorstösse und auf die Initiative «Basel erneuerbar - für eine sichere, saubere und günstige Energieversorgung» zurück. Sie wurde im Oktober 2014 mit über 3000 Unterschriften eingereicht und verlangte, dass der Kanton zeitlich fixierte Klimaziele festschreibt. Das ging der Regierung zu weit; im Gegenzug überarbeitete sie das kantonale Energiegesetz. (BZ)

Übergewicht

Uni erforscht die Fettpolster

Wer an starkem Übergewicht leidet, wird weniger schnell satt. Schuld sind Zellen, die im Magen-Darm-Trakt Sättigungshormone freisetzen. Übergewichtige besitzen weniger dieser Zellen als Normalgewichtige. Das berichten Forschende der Universität Basel.

Während des Essens setzen spezialisierte Zellen in der Schleimhaut des oberen Magen-Darm-Trakts Sättigungshormone frei. Dadurch entsteht im zentralen Nervensystem das Gefühl, gesättigt zu sein. Stark Übergewichtige produzieren jedoch viel weniger dieser Hormone und werden dadurch nicht so schnell satt. Forschende der Universi-

tät, des Basler Unispitals, des Claraspitals und der University of Liverpool haben herausgefunden, woran die verminderte Ausschüttung von Sättigungshormonen liegt: Übergewichtige haben deutlich weniger der darauf spezialisierten Zellen als Normalgewichtige, berichtet das Forscherteam im Fachblatt «Scientific Reports».

Untersucht wurden für die Studie Gewebeproben von 24 Normalgewichtigen sowie 30 stark Übergewichtigen vor und nach einer gewichtsreduzierenden Operation. Letztere könnte das Problem beheben, hiess es in der Mitteilung. (SDA)

MEIN LEBEN IM DREILAND

Die Wahl findet doch mit mir statt

Ich bin froh, ich bin politisch nicht rechtlos. Der Freiburger Wahlleiter oder die Wahlleiterin hat ein Einsehen gehabt und mich in das Wählerverzeichnis für die Bundestagswahl 2017 eingetragen. An sich hätte ich nach einem Bundestagsbeschluss von 2012 in Deutschland nicht mehr wählen dürfen. Deutsche, die länger als 25 Jahre das Land verlassen haben, verlieren demnach ihr Wahlrecht. Das war bei mir der Fall, denn ich habe ohne Unterbruch über 20 Jahre im Elsass und nun fünf Jahre in Basel gelebt.

Es gibt aber eine Ausnahmebestimmung. Sie tritt ein, wenn man «persönliche und unmittelbare Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland nachweisen kann und von ihnen betroffen ist». Wie



von Peter Schenk

ich in meiner vorletzten Kolumne beschrieb, hatte ich einen derartigen Antrag an das Wahlamt meines letzten Wohnsitzes in Deutschland geschickt und darin mit meiner journalistischen Arbeit über Südbaden und die trinationale Region Basel argumentiert. Das hat geklappt. Vor kurzem sind die Unterlagen für die Briefwahl eingetroffen.

Für unglaubliche 21 Parteien kann ich in meinem Wahlkreis Freiburg stimmen. Neben den bekannten finden sich da die V-Partei für Veränderung, Vegetarier

und Veganer, die Menschliche Welt - für das Wohl und Glückseligkeit aller, die Tierschutzallianz, die Tierschutzpartei oder auch ganz einfach Die Partei - Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative. Ich habe hier nicht genügend Platz, um alle zu nennen.

Auf meinem langen Stimmzettel verfüge ich über eine Erststimme und eine Zweitstimme. Mit der Erststimme spreche ich mich dafür aus, welcher Wahlkreisabgeordnete mich in Berlin vertreten soll. Hier finden sich lediglich elf Namen. Wichtiger ist die Zweitstimme, denn sie entscheidet über die Anzahl der Abgeordneten, die eine Partei in den Bundestag nach Berlin schicken darf. Wer das ist, entscheidet die Platzierung auf der Landesliste. Und da

wird es auch für die Region Basel und für mich interessant.

Es eröffnet mir die Möglichkeit, taktisch zu stimmen und den Ausgang im angrenzenden Wahlkreis Lörrach/Müllheim mitzubestimmen. Im Wahlkreis Lörrach/Müllheim wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der CDU-Bundestagsabgeordnete und Spezialist für Innen- und Sicherheitspolitik Armin Schuster wieder direkt gewählt. Das heisst, er wird erneut deutlich die meisten Erststimmen erhalten.

Schaffen es die FDP auf 10 und die Grünen auf 15 Prozent der Stimmen, könnten Christoph Hoffmann für die FDP und Gerhard Zickenheiner für die Grünen mit ihrem 10. beziehungsweise 15. Platz auf der Landesliste ihrer Parteien

den Einzug in das Berliner Parlament schaffen. Der deutsche Teil der trinationalen Region Basel wäre auf einmal nicht nur mit einem, sondern mit drei Bundestagsabgeordneten vertreten.

Hoffmann ist als Vizepräsident des trinationalen Districtsrats mit der Nordwestschweiz vertraut und auch Zickenheiner, ein Architekt und Raumplaner, hat unter anderem über die IBA viele Kontakte nach Basel. Kommt hinzu, dass er an der Hochschule für Soziale Arbeit in Luzern einen Master in Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung gemacht hat, die Schweiz also kennt. Ob ich für einen der beiden stimmen werde, sage ich hier nicht. Aber ich könnte, wenn ich wollte. Das fühlt sich gut an.

@peter.schenk@bzbasel.ch

INSERTAT



TCS-Sicherheitstag & Tag der offenen Tür

Sonntag, 3. September 2017

11.00 - 17.00 Uhr

TCS Center Füllinsdorf, Uferstrasse 10

